

# Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Amt Adolphstr. Nr. 1074

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Jehm's, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postkontos Berlin 5388.

**Inhalt:** Empor zum Licht! (Gedicht). — Zum 9. November. — Arbeit in der Landwirtschaft. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Schlichtungsausschüssen. — Soziale Rundschau. — Zur Ernährungsfrage. — Berichte aus Fachkreisen. — Belannmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Der Zukunftsstaat.

### Empor zum Licht!

Empor zum Licht! Es wich die Nacht!  
Nur Wolken noch bedecken der Sonne Pracht.  
Erwache, Volk, erwache!

Die neue Zeit, sie ist genacht,  
Männer, Frauen, nun auf zur Tat!  
Reicht euch die Hände zum Freiheitsbund  
Donnernd es töne vom Erdenrund:  
Erwache, Volk, erwache!

Zum lichten Wall schließt eure Reihn,  
Da kann nicht Sorge noch Not hinein!  
Reicht wie ein Fellen im wilden Meer  
Reicht dann der Arbeit gewaltiges Meer!  
Erwache, Volk, erwache!

Herbei, herbei aus Stadt und Land,  
Nehmt den Hammer in eure Hand!  
Schmiebet und schmiedet! die Kette springt,  
Das neue Jahrhundert ihr euch erringt.  
Erwache, Volk, erwache!  
Empor zum Licht, empor zum Licht!

### Zum 9. November.

Am 9. November jährt es sich zum erstenmal, daß in Deutschland endlich das Gottesgnadentum sein — leider viel zu spätes — untrübmliches Ende gefunden hat. Die Erbschaft, die uns hinterlassen worden ist, ist ein aus tausend Wunden blutendes, zertretenes und gemißachtetes Volk. Dennoch durchbrauste ein Aufschrei der Freude das Land und helle Begeisterung griff die Massen, als durch die Revolution die alten reaktionären Mächte beseitigt waren. Die Revolution war das Ergebnis des vierjährigen Krieges, einer vierjährigen Barbarei, unter welcher das Volk gelitten. Die Revolution mußte deshalb der Menschenschlächtereiz zunächst ein Ziel setzen; der von Millionen gequälter Menschen heißersehnte Frieden war in die nächste Nähe gerückt. Die rote Gewalt war entthront, das Recht feierte seinen Triumph. Aber nur einen kurzen.

Doch wir feiern diesen Tag! Er hat in den Herzen der Proletarier eine bleibende und ehrene Stätte gefunden. Er ist ihnen ein Heiligtum. Er soll hinfort als Nationalfeiertag gelten. Mit Freude, doch mit Schmerz mißlich wird das

deutsche Proletariat die Feier begehen, d. h. nicht so, wie wir im vorigen Jahre glaubten die Feier begehen zu können: als Freie unter Freien, als Gleiche unter Gleichen.

Verrat! Dieses schlimme Wort geht heute jenen in die Ohren, welche durch ihr Handeln einen großen Teil des Proletariats von sich stießen und dafür mit dem Bürgertum, dem Todfeind der sozialistischen Republik, sich verbanden, in dem Bewußtsein, der Revolution ein vorzeitiges Ziel zu setzen.

Die Revolution hat also nicht das gebracht, was man von ihr erhoffte. Gewiß! Die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft kann nicht von heute auf morgen erfolgen; sie wird das Ergebnis einer bestimmten Entwicklung sein. Doch dieser Entwicklung die Wege zu ebnet, verläßt die Revolution. In dem wirtschaftlichen und politischen Räte System, ausgerüstet mit bestimmten Rechten, die Produktion entsprechend den Bedürfnissen des Volkes zu gestalten und zu beeinflussen, liegt der Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Und dieses Räte System will die Regierung nicht.

Die Arbeiterklasse ist sich bewußt, daß der Aufbau des neuen Staatswesens, unter welcher Wirtschaftsweise es auch vor sich gehen mag, nur unter großen Opfern und Entbehrungen möglich ist. Die Schuld des Krieges kann nur aus der Arbeit beglichen werden. Die Arbeiterklasse ist bereit dazu. Sie wehrt sich aber dagegen, allein der Lastträger zu sein. Doch während der Proletarier arbeitet, um leben zu können, münden die Vertreter der kapitalistischen und agrarischen Profitwirtschaft aus der Rot des Volkes Gold zu neuem Reichtum. Den Arbeitern redet man zwar vor, der neue Staat sei eine solidarische und von sozialistischen Tendenzen durchströmte Gemeinde. Dieweil plündern und stehlen ihnen die alten Wirtschaftsmethoden das Brot vom Munde weg. Das Kapital feiert die schlimmsten Orgien. So ist ein Aufbau unmöglich! Wo bleiben hier die Nachmittage des Staats? Zugunsten des Kapitals sollen die deutschen Arbeiter ihr Ideal begraben und sich begnügen mit dem, was aus der Revolution geworden ist. Sie sollen sich trösten mit der billigen Versicherung, daß sie in einem freiheitlichen Staate wohnen, in dem sich der Sozialismus schon Schritt für Schritt durchsetzen werde. Arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten! So schreit man täglich den Arbeitern in die Ohren.

Was hilft aber die Arbeit, wenn der Ertrag der Arbeit in der wichtigsten Weise verendet wird? Wenn der Ertrag der Arbeit lediglich dem Bucher in den Schoß geworfen wird? Im Inlande wehrt sich das Unternehmertum dagegen, angemessene Löhne zu zahlen, im Ausland werden die Produkte der deutschen Arbeit zu Spottpreisen verschleudert. Der zügellose Kapitalismus richtet Deutschland völlig zugrunde. Dem Arbeiter redet man die bewußte Lüge vor, daß unsere Volkswirtschaft nur wieder aufgerichtet werden könne durch die freie Betätigung, die eigene persönliche Initiative der deutschen Unternehmer. In der jungen deutschen Republik schaltet und waltet das Kapital frei, ohne jede Be-

schränkung. Die Folge davon ist, daß sich das Elend, in welches uns der Krieg stürzte, immer mehr vergrößert.

Die färglichen Errungenschaften der Revolution sind heute mehr denn je in Frage gestellt. Die Arbeiterklasse ist zerklüftet und führt einen heftigen Bruderkampf. Das große Geschehen der Zeit konnte die Arbeiterklasse nicht einigen. Im Gegenteil. Der Riß klafft heute mehr denn je. Es sind nicht Westreitigkeiten, sondern Gegensätze grundsätzlicher Art, welche die Arbeiterklasse trennen. Gerade dort, wo die Revolution die Ursache aller Bedrückung, die ökonomische Abhängigkeit, beseitigen sollte, prallen die Gegensätze auseinander. Anstatt die große geschichtliche Tat zu vollziehen, dem Proletariat die politische Macht bis zum Abschluß der Revolution zu sichern, gab man dieses Revolutionsrecht zugunsten der bürgerlichen Demokratie preis. In der bürgerlichen Demokratie triumphiert der Kapitalismus über den Sozialismus. Es ist eine Illusion, mit der bürgerlichen Demokratie den Sozialismus durchzuführen. Die Wiederherstellung des Kapitalismus führt gleichzeitig zu neuen politischen Machtverhältnissen! Die Situation in dem demokratischen Deutschland ist heute so, daß es nur eines geringen Anstoßes bedarf und das deutsche Volk befindet sich wieder in den Händen der schlimmsten Reaktion.

Die alten Bureaucraten, die Stützen des alten preussischen Gewaltstaates, sind in den Regierungsstellen verblieben; sie arbeiten nach dem alten Rezept. In der jungen Republik herrscht der alte Geist aus dem alten reaktionären Staatswesen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß diese erste Feier der Revolution unter dem Zeichen des Belagerungszustandes, der Schutzhafthande, der Unterdrückung des freien Wortes, der Organisation von Streikbrechertruppen zum Schutze des Kapitals durch die Regierung begangen wird. Die Reaktionen, welche uns in den Krieg stürzten und welche die schlimmsten Feinde der Republik sind, wurden von der Regierung gestützt zu ihrer Verteidigung. Die Macht des Staates ist diesen Reaktionen, die offenkundig für die Wiedereinsetzung der Monarchie wirken, von den Regierungsvertretern in die Hände gespielt worden. Das beleuchtet die Situation blühartig. Die rote Gewalt triumphiert wieder über das Recht. Für das Bürgertum gilt die Demokratie, für die Arbeiterklasse die Diktatur eines Mosk. Unter dieser Regierung durften es elende Mörderhände dreist wagen, die Besten des Volkes, die sich um das Proletariat und um die Revolution die größten Verdienste erworben haben, deren Namen mit der Revolution unauslöschlich verbunden sind, Luxemburg und Liebknecht, hinzumorden.

Viele andere mit klugvollen Namen, aber auch politisch namenlose haben das gleiche Schicksal erlitten, ohne daß ihnen ein Rächer erstanden ist.

Die erste Regierung der deutschen Republik ist mit dem

### Der Zukunftsstaat.

IV.

#### Die Aufgaben des sozialistischen Staates. Die Schulfrage.

Um also auf die Schulfrage, die Frage der Beschaffung und Erziehung der geistigen Arbeiter für den Sozialstaat zurückzukommen, so ist die erste Forderung die Aussonderung der begabten Volksschüler, ihre Zusammenfassung zu besonderen Schüleregruppen, die in der Lage sein dürften, in derselben Zeit, die zur Beendigung der künftigen „gehobenen“ Volksschule nötig ist, so viel zu lernen, daß sie es bis zur Maturitätsprüfung bringen. Das heißt zum Abschluß der Gymnasial- bzw. Ob- schulbildung. Es könnte dazu allenfalls bei guten Fortschritten auch noch das achtzehnte Lebensjahr freigegeben werden. Darauf müßte eine zweijährige Einstellung in das allgemeine Arbeiterheer folgen, bei der, da die Arbeitszeit ja nicht über 8 Stunden täglich hinauszugehen würde, sogar noch die heute so vielgerühmte körperliche „Erleichterung“ Platz greifen könnte. Es ist wirklich kein Schade, wenn die so ausgelesenen Begabten nicht vor neunzehn, bzw. nicht vor zwanzig Jahren auf die Hochschule kommen, sie würden also dann, da sie geistig ausgerubt wären, um so schneller vorwärts kommen. Für die Abolitionierung der Hochschulen würde ihnen durch ausreichende, natürlich nicht zu reichliche staatliche Stipendien die gewöhnliche, schon heute als normal angesehene Frist, allenfalls mit einem Zuschlag von einem Jahr, freigestellt werden. Beendigen sie die Hochschule nicht, so kann ihnen ihr Studium als Dienstzeit im allgemeinen Arbeiterheer angerechnet werden unter Ausreichung der staatlichen Lebensleibrente, die für alle gilt, die ihrer Arbeitspflicht nachgekommen sind. Beendigen sie das Hochschulstudium, so werden sie, entsprechend den im künftigen Staatshaushalt vorgesehenen Beamten, Lehrern, Ärzten, usw. stellen, in den Staatsdienst eingestellt, eventuell auch, gerade wie heute, eine Wartzeit durchzumachen haben, während der sie nur die allgemeine Leibrente erhalten. Natürlich muß es ihnen auch

freistehen, auf eine staatliche Anstellung überhaupt zu verzichten, sich als freie Gelehrte, Schriftsteller, Redakteure usw. zu betätigen unter Fortbezug eben der genannten allgemeinen Leibrente.

Man wird natürlich einwenden, daß viele Männer durchaus nicht als Knaben zu den Begabten gerechnet worden sind, sich vielmehr durch scheinbare Unbegabtheit, Unfähigkeit, Faulheit auszeichnet haben, daß ihre Begabung bzw. ihr Genie erst sehr viel später zum Vorschein gekommen sei. Nun, im Sozialstaat ist dafür gesorgt, daß auch solche Spätlinge der Menschheit nicht verloren gehen; es werden einfach aus denen, die die allgemeine Arbeitspflicht abgeleistet haben, eine gewisse Anzahl aus später erwachtem Interesse sich der Wissenschaft zuwenden, wozu sie ja, da für ihres Lebens Notdurft durch die allgemeine Leibrente gesorgt ist, die volle Möglichkeit haben. Mit 22 bis 23 Jahren ist es zum Studium auch noch nicht zu spät. Wollen dann solche in die mit Akademikern zu bestehende staatlichen Beamten- usw. stellen einrücken, so haben sie sich natürlich der Konkurrenzprüfung mit den aus den Begabtenhöfen Hervorgegangenen zu unterziehen. Das gleiche müßten diejenigen Söhne wie Töchter von Kennern tun, die nicht in die Begabtenhöfen gelangt sind, jedoch nur die zwei- bis zweieinhalbjährige allgemeine Arbeitszeit durchgemacht haben.

Bezüglich der Entschädigung für die akademisch gebildeten Beamten, Lehrer, Ärzte usw. ist daran festzuhalten, daß diese sich nach der heute bzw. vor dem Weltkrieg üblichen Höhe richten könnten. Beziehungsweise es müßte sogar eine gewisse Aufbesserung Platz greifen, weil bereits vor dem Weltkrieg eine gar nicht zu übersehende Verflachung, um nicht zu hohen Proletarisierung der akademischen Berufe eingeleitet hatte. War in der früheren Zeit die große Handarbeit als minderwertig angesehen, fast verachtet, so leiden wir heute bereits an einer Geringschätzung der geistigen Arbeit. Es ist ein gewisses Kränkertum, die Hochschätzung kaufmännischer Geschicklichkeit und Gerissenheit, die die Palme in der modernen Volkswirtschaft davongetragen haben. Nicht zum wenigsten hat zur Minderbewertung der geistigen Arbeit beigetragen der oben-

erwähnte Umstand, daß die akademischen Berufsklassen durch die Herabsetzung der Anforderungen in den Schulen allzu sehr mit Minderbegabten durchsetzt sind. Die akademischen Berufe sind auch für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Produktion, die Regelung des Konsums unerlässlich — aber sie sollen auch einer Elite, den Begabten entstammen, nicht in allererster Linie dem Umstand, daß man, wie heute, in der Auswahl keiner Eltern vorfichtig war, daß man die Mittel zum Schulbesuch und Hochschulstudium hatte. Die wenigen Stipendien spielen gegenüber der heutigen Zahl der Akademiker wirklich keine Rolle, sie sind zudem nicht immer an wissenschaftliche Leistungen geknüpft. Haben nicht diejenigen Autoren recht, die behaupten, daß auch heute keine besonders hervorragenden Befähigungen durch den Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse niedergehalten werden, sondern im allgemeinen die Befähigung dem Erfolg entspricht, dem Amte der Vorstand, nun, so dürfen sie es nicht von sich weisen, wenn die Probe aufs Exempel gefordert wird, wenn allen die Möglichkeit der Konkurrenz um die höhere Bildung gewährleistet wird. Es ist ja dann keine Gefahr vorhanden, daß ihre lieben Angehörigen bzw. ihre Kinder nicht nach wie vor stets obliegen werden.

Für die Übergangszeit von der individualistischen zur sozialistischen Volkswirtschaft hätte sich natürlich der Sozialstaat an diejenigen Fachmänner und Akademiker zu halten, die gerade vorhanden sind. Die Aufgaben der Übergangszeit sind so große und umfassende, daß von ihnen keiner entbehrt werden kann! Allmählich könnte man natürlich die Elichsten auswählen zu Leitern der staatlichen Betriebe, was schon deswegen leicht möglich sein müßte, weil die Anzahl der Betriebe sich sehr verringern würde. Die Uebriggebliebenen könnten dann, wenn für sie keine andere gleichgestellte Tätigkeit zu finden ist, pensioniert werden. Von kommunistischer Seite wird gegen die höhere Entschädigung der Akademiker und Leiter von staatlichen Unternehmungen Einspruch erhoben, ist auf die Gleichwertigkeit körperlicher und geistiger Arbeit hingewiesen worden. Dagegen ist zu sagen, daß die gleiche Entlohnung von Akademikern durchaus keine

Nach Tausenden von Proletariern beladen. Unauslöschlicher Haß richtet sich gegen die Vertreter dieser Regierung.

Das Ergebnis der Revolution ist also keineswegs gefestigt gegenüber der ankämpfenden Reaktion. Es wird gefordert von der Zerküftung der Arbeiterklasse. Diese Zerküftung ist tief zu beklagen. Soll das Ergebnis der Revolution gesichert werden, dann ist geschlossenes Handeln der Arbeiterklasse dringendes Erfordernis.

Geloben wir uns deshalb zum 9. November, mit aller Kraft die Einigung der Arbeiterklasse zu erstreben und auf die Befreiung der Arbeiterklasse aus ökonomischer Knechtschaft und Bedrückung hinzuwirken.

Erst durch den Sozialismus wird ein Wiederaufbau unseres Landes, wird ein neuer Aufstieg des Volkes aus dem Elend, in welches uns Kapitalismus und Imperialismus hinabgestoßen haben, möglich sein.

Zum Kohlenmangel in den Flachsröstereien.

Ich habe bereits mitgeteilt, daß die diesjährige Ernte 2,1 Millionen Doppelzentner beträgt. Nun haben wir aber noch von der vorjährigen Ernte einen noch nicht verarbeiteten Bestand von 500 000 Doppelzentnern.

Durch das Nichtverarbeiten so gewaltiger Mengen erlaubt aber weiter die Arbeit in der Textilindustrie eine Unterbrechung. Es müssen Feierschichten eingelegt werden. Diese Feierschichten muß aber wiederum der Staat durch die Erwerbslosenfürsorge bezahlen.

g l e i c h e, sondern eine ungleiche Entlohnung, eine Bestrafung für Mehrarbeit bzw. eine Ausbeutung gelehrter Arbeit wäre. Denn der Akademiker, der Techniker, der Arzt, der Richter, der Lehrer braucht doch, um seinen akademischen Beruf zweckentsprechend ausüben zu können, eine ungleich längere Vorbereitungszeit wie selbst der gelehrte Arbeiter.

deutende Summen ausgegeben werden müssen, Geld für unproduktive Arbeiten.

So notwendig die Unterstützung auch ist, so sehr wünschen die Textilarbeiter sie aber doch zum Teufel, weil sie dabei hungern müssen. Sie wollen produktive Arbeit; sie wollen an ihrem Teil mitarbeiten an dem Aufbau des zusammengebrochenen Staatskörpers.

Zur Gehung unseres Kredits im Ausland trägt es auch nicht bei, wenn Tausende von Arbeitern im Lande gegen ihren Willen arbeitslos sind und die Hilfe eines ausgepumpten Staatsfädels in Anspruch nehmen müssen.

Wir müssen deshalb für Arbeit sorgen und stehen vor der Frage, wie wir dem Uebel begegnen können. Da droht die neue große Gefahr: zum Kösten des Flachses fehlt die Kohle für die Warmwasserröster.

Hunderttausende werden als Staatsunterstützung ausgegeben, wenn unsere Leinenindustrie nicht genügend mit Kohle versorgt werden kann; Tausende von fleißigen Spinnerinnen könnten spinnfähige Faser herstellen, und die Weber könnten Tausende von Metern Ware herstellen, Leinen, das in jedem Haushalt so notwendig gebraucht wird.

Nun hat der Reichskohlenkommissar, der wegen Lieferung von Kohlen angegangen ist, erklärt, daß er die Bedürfnisse der Industrie nicht befriedigen könne, und zwar — das ist ja vielleicht zu verstehen — wegen der Lieferungen, die die Entente von uns verlangt.

Weiter wünschen wir dringend, daß die Staatsregierung und auch die Gemeindeverwaltungen, namentlich solche mit Textilindustrie, ihr Hauptaugenmerk darauf richten, daß eine Vermehrung der Naturrösten in die Wege geleitet wird.

Bei dieser Gelegenheit muß ich noch auf eine Gefahr aufmerksam machen, die erst jetzt aufgetaucht ist. Es dreht sich um die Beschaffung des Saatguts. Ein Viertel der gesamten Ernte des Leinsamens wird zur Aussaat gebraucht.

Sie muß unserer Ansicht nach die Regierung eingreifen, um eine solche Katastrophe zu verhüten. Es muß erstens verlangt werden: die Sicherstellung der Kohle für die Warmwasserröstanstalten; zweitens, die Vermehrung der Naturrösten an geeigneten Plätzen; drittens die Gefährdung der geforderten Nachsummen für die als Röstanlagen in Aussicht genommenen Flug- und Schiefplätze; weiter: Sicherstellung des Saatgutes für die nächste Ernte für dieselbe Flachsanbaufläche, und vor allen Dingen darf auch keine Verringerung der Anbaufläche für das nächste Jahr eintreten.

Wir hoffen also, daß die Regierung diesen dringenden Wünschen Rechnung trägt, und erwarten von ihren Maßnahmen eine Besserung der daniederliegenden Industrie.

Arbeit in der Landwirtschaft.

Man schreibt uns: Eine blühende Landwirtschaft ist das Fundament jedes gesunden Staatswesens. Wir haben deshalb ein vitales Interesse an dem Gedeihen unseres landwirtschaftlichen Berufsstandes, und zwar um so mehr, als ein zusammengebrochenes Volk eine Kraft nur aus der heimischen Scholle schöpfen kann.

Landgemeinden oder Gutsbezirke können durch Anordnung der von der Landeszentralbehörde zu bezeichnenden Stelle verpflichtet werden, denjenigen Arbeitern, welche im landwirtschaftlichen Betrieb ihres Bezirkes ständig beschäftigt sind, auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pacht oder sonstigen Nutzung von Land für den Bedarf des Haushalts zu geben.

Die Ueberlassung muß gegen angemessene Entschädigung erfolgen. Arbeitern darf in dem Ueberlassungsvertrage eine Arbeitsverpflichtung gegenüber einem bestimmten Arbeitgeber nicht auferlegt werden.

Macht der Arbeiter von seinem Recht aus § 22 a. a. O. Gebrauch, so kann es ihm bei Fleiß und Lichtigkeit gelingen, in einigen Jahren so viel zu erübrigen, daß er sich ein eigenes kleines Heim erwerben kann.

Diese günstigen Aufstiegsmöglichkeiten werden zweifellos viele Städter veranlassen, auf das Land zurückzukehren. Sie werden damit nicht nur ihrem eigenen Interesse, sondern auch dem Wohle unseres Vaterlandes dienen.

Dazu hätten wir zu sagen: Bis in die jüngste Zeit hinein erschien den in der Stadt tätigen Arbeitern die Beschäftigung in der Landwirtschaft wenig verlockend. Die Löhne waren niedrig, die Arbeitszeit ungemessen, die Behandlung unwürdig, und ganz besonders lag das Wohnungswesen sehr im argen.

Aus den Gewerkschaften.

Reichstarifvertrag für Zivilschuhwerk.

Der zwischen dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Sitz Nürnberg, dem Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Sitz Frankfurt a. M., dem Gewerksverein der deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter S. D., Sitz Berlin, und dem Ueberwachungsaußenrat der Schuhindustrie Berlin, dem Verbands der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, Sitz Frankfurt a. M., dem Verein der Pfälzischen Schuhfabrikanten, Sitz Birmasens, der Vereinigung der Filzschuh- und Pantoffelfabrikanten, Sitz Berlin, und dem Schuhfabrikantenverein E. B. „Virtimnia“, Sitz Birmasens, am 15. April abgeschlossene Reichstarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Zivilschuhindustrie nebst den dazu am 7. Dezember 1918 und 8. Mai 1919 beschlossenen Änderungen wurde vom Reichsarbeitsministerium gemäß Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt.

### Aus der Textilindustrie.

**Zusammenschluß in der Spitzenindustrie.** Die Leipziger Spitzenfabrik Barth u. Co. A.-G. in Leipzig und die Deutsche Spitzenfabrik A.-G. in Leipzig-Lindenau beantragen den Zusammenschluß dergestalt, daß die Deutsche Spitzenfabrik auf die Leipziger Spitzenfabrik übergeht. Zu diesem Zweck beabsichtigt die Leipziger Spitzenfabrik ihr Aktienkapital auf 2 Millionen Mark zu verdoppeln. Der Aktienumsatz soll derart erfolgen, daß drei Aktien der Deutschen Spitzenfabrik gegen zwei ab 1. Juli 1919 dividendenberechtigende Aktien der Leipziger Spitzenfabrik gegeben werden. Die Deutsche Spitzenfabrik war aus der Firma Richard W. Kalhof Nachf. in Lindenau hervorgegangen und wurde 1887 mit einem Aktienkapital von 600 000 Mk. gegründet. 1896 erfolgte zwecks Errichtung einer Filiale in Wsch eine Kapitalerhöhung auf 900 000 Mk. Während des Krieges sah sich noch verschlechtert, so daß die Kriegszeit einen starken Rückgang. 1914 wurden noch 8 Proz. ausgeschüttet. In den Folgejahren schloß die Gesellschaft neben einigen ganz minimalen Gewinnen mit Verlust ab. Die 4 Proz. Dividenden der Jahre 1915/1918 wurden der Spezialreserve entnommen, die in der Bilanz vom 30. Juni 1918 auf 63 422 Mk. zusammengeschnitten war. Außerdem wurden die Reserven mit 165 000 Mk. und der Dispositionsfonds mit 60 000 Mk. verzeichnet. Der Kurs der Aktien an der Leipziger Börse notierte am 27. d. M. 1919. Die Leipziger Spitzenfabrik wurde 1900 mit 600 000 Mk. Aktienkapital, das 1906 auf 1 Million Mk. erhöht wurde, gegründet. Diese Gesellschaft hatte im Gegensatz zur Deutschen Spitzenfabrik in den letzten Vorkriegsjahren ein schwaches Ergebnis, das im ersten Kriegsjahre sich noch verschlechterte, so daß die Gesellschaft 1914/15 dividendenlos blieb. Hierauf setzte jedoch eine rasche Gewinnsteigerung ein, welche es ermöglichte, 12, 16 und 25 Proz. Dividende zu verteilen. Die Aktien der Leipziger Spitzenfabrik haben einen Markt an der Börse nie gehabt.

**Gesteigerte Nachfragen nach deutschen Textilmaschinen.** Erfreulicherweise wird berichtet, daß die Nachfrage nach deutschen Textilmaschinen aller Art nicht nur im Auslande sehr regt ist, sondern daß auch das neutrale Ausland gute Kaufkraft für deutsche Erzeugnisse bezeugt. Es ist dies ein Beweis dafür, daß trotz der Ueberlegenheit des englischen Textilmaschinenbaues und des während des Krieges eingesetzten Wettbewerbes der amerikanischen Maschinenfabrikanten die deutschen Textilmaschinen nach wie vor im Auslande gewürdigt werden.

**Der englische Wollhandel im Wettbewerb mit dem belgischen in Antwerpen.** Es ist bekannt, daß lange Jahre vor dem Kriege in Antwerpen regelmäßig Versteigerungen von La Plata-Wollen in großem Umfange stattgefunden haben. Auf diesen Auktionen traten die mitteleuropäischen Wollverbraucher hauptsächlich als Käufer auf. Jetzt verläutet, daß die großen englischen Wollimporteure in London für sich das Recht beanspruchen, die Wollauktionen in Antwerpen abzuhalten, so daß gewissermaßen die belgischen Wollfirmen ausgeschaltet werden sollen. Dabai muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß bei den früheren Antwerpener Wollauktionen deutsche Wollhandelsfirmen oder belgische Geschäftshäuser, die deutschen Ursprungs waren, führend gewesen sind.

**Die Geschäftsergebnisse der deutschen Textilindustrie-Aktiengesellschaften** dürften in der Hauptsache auch in diesem Jahre befriedigend, in den meisten Fällen sogar günstiger sein. Selbst diejenigen Fabriken, welche Ersatzrohstoffe verarbeitet haben, die sich heute nicht mehr der Gunst der Käufer erfreuen, dürften verhältnismäßig gut abschließen. Es ist bekannt, daß sich selbst während des Krieges die Dividenden fast aller Textilindustrie-Aktiengesellschaften recht erheblich gesteigert haben, selbst bei solchen Gesellschaften, die im Frieden jahrelang ihren Aktionären keine Dividende zuerteilen konnten.

**Die Aussichten des deutschen Lumpenhandels** lassen sich heute noch sehr schwer beurteilen, um so mehr, da die Frage der Einfuhr dieses für die Textilindustrie so wichtigen Rohmaterials noch in keiner Weise geklärt ist. In Friedenszeiten hat Frankreich und vor allen Dingen Rußland große Mengen von Wollwumpen geliefert. Außerdem aber sind die Mengen, welche in Deutschland selbst verfügbar sind, durch die verminderte Produktion von Wollstoffen erheblich zurückgegangen. Aus anderen Ländern, wie aus England und Amerika, werden überdies keine Wumpen für die Kunstwollefabrikation zu erwarten sein.

**Vertrag über den Grundlohn und die gleitenden Teuerungszuschläge in den Tuchwebereien Englands.** In den Webereien ist der Grundlohn um 10 Proz. erhöht worden unter der Voraussetzung, daß alles getan wird, um den Ertrag und die Produktivität der Industrie zu steigern. Die in Zeitlohn arbeitenden Arbeiter an Kraftstühlen erhalten 6 Schilling wöchentlich mehr. Für die Färberei- und Appretur-Abteilungen werden Einzelheiten durch die in Betracht kommenden Verbände festgelegt. Die Teuerungszuschläge sollen fortlaufend gemäß den Kosten des Lebensunterhaltes, berechnet in der „Labour Gazette“, abgeändert werden. Im September betragen sie für Zeitarbeiter 115 Proz.; für männliche Affordarbeiter 92 Proz.; für weibliche Affordarbeiter 97 1/2 Proz.; für Presser und Wäsche-Kaifer 69 Proz. Das Abkommen soll bis zum 1. August 1920 unverändert in Gültigkeit bleiben.

### Aus den Schlichtungsausschüssen.

#### Der Streik in Augsburg.

In den beiden dortigen Nähfabriken Göggingen und Schürer brach am 27. Oktober ein Streik aus. Für die Textilindustrie Südbayerns war ein Lohnvertrag abgeschlossen worden. Die beiden mit unter diesen Tarif fallenden Nähfabriken Schürer und Göggingen erklärten aber, den Tarif für sich nicht als verbindlich anzuerkennen, da sie sich als zur Textilindustrie gehörend nicht betrachten könnten. Darauf verließen die Belegschaften die Betriebe. Nachträglich erklärten sich die Direktionen beider Betriebe bereit, ein Provisorium mit Geltung bis zum 1. Februar 1920 abzuschließen; der Grundlohn sollte für männliche und weib-

liche Verheiratete etwas höher sein als er nach unserem allgemeinen Tarif ist, dagegen sollten sich die Ledigen mit einem niedrigeren Lohn begnügen. Die Arbeiter wollten aber keinen Unterschied in der Bezahlung zulassen und betrachteten übrigens den Plan mit Mißtrauen. Es kam also nicht zur Einigung. Nach zweitägiger Dauer des Streiks ist es dann aber vor dem Schlichtungsausschuß zu folgendem Vergleich gekommen:

#### Regelung der Teuerungszuschläge für die Nähfabriken Göggingen und Augsburg zu dem Tarif vom 11. März 1919.

1. Es ist einmütig festgestellt worden, daß es sich für die Betriebsleitung nicht um Abweckung von den Lohnbedingungen des Augsburger Tarifvertrages für die Textilindustrie vom 23. Oktober 1919 handelte, sondern darum, für alle deutschen Nähfabriken gleichmäßige Lohnbedingungen anzubahnen; nur auf dem Wege eines Reichstarifs für die acht deutschen Nähfabriken kann die Lebensfähigkeit der Nähfabriken Göggingen und Schürer sichergestellt werden.

2. Zwecks Anbahnung des Reichstarifs erfolgt für die Nähfabriken Göggingen und Schürer eine vorläufige Regelung der Lohnverhältnisse auf dem Wege der Teuerungszuschläge bis zur Erreichung der gleichen Lohnbedingungen in der Heilbronner Nähfabrikenindustrie. Die Betriebsleitung erklärt, daß, wenn die Gewerkschaften die Zielsetzung dauernd gleicher Lohnbedingungen in Heilbronn bis zum 1. Februar 1920 nicht durchsetzen, sie nicht in der Lage ist, weitere Lohnerhöhungen zuzugestehen. Es besteht weiterhin Einverständnis, daß die Festlegung der gleichen Lohnbedingungen für die deutschen Nähfabriken auf dem Wege eines besonderen Tarifs möglich ist, dessen Erreichung in den nächsten Monaten angestrebt werden muß. Die Textilarbeiterverbände verpflichten sich, nach Erreichung dauernd gleicher Lohnbedingungen für die Nähfabriken Göggingen und Schürer einen dann ausgearbeiteten Tarifvertrag für die Nähfabriken Göggingen und Schürer durch Antragstellung beim Reichsarbeitsministerium zur allgemeinen Durchführung in der deutschen Nähfabrikation zu bringen.

3. Auf dieser Grundlage kam folgende Einigung über die Teuerungszuschläge zustande:

Es erhalten vom 13. Oktober 1919 ab

männliche Arbeitnehmer:	
von 14—16 Jahren zu 70 Pf. 15 Pf. =	85 Pf.
von 16—18 Jahren zu 95 Pf. 20 Pf. =	105 Pf.
von 18—20 Jahren zu 115 Pf. 35 Pf. =	150 Pf.
über 20 Jahren zu 130 Pf. 50 Pf. =	180 Pf.
weibliche Arbeitnehmer:	
von 14—16 Jahren zu 65 Pf. 15 Pf. =	90 Pf.
von 16—18 Jahren zu 85 Pf. 20 Pf. =	105 Pf.
von 18—20 Jahren zu 95 Pf. 35 Pf. =	130 Pf.
über 20 Jahren zu 110 Pf. 50 Pf. =	160 Pf.

Die Zuschläge gelten für Frauen sowohl für die Normalstundenlöhne als für die bisher bestehenden Affordsätze für die Stunde, für Männer erfolgt der Ausgleich der prozentualen Zuschläge bei Affordarbeit im einzelnen Betriebe im Benehmen mit dem Betriebsrat.

Die berufsfremden Arbeitnehmer (Handwerker und Hilfsarbeiter) erhalten dieselben Zuschläge wie die übrigen Arbeitnehmer.

In der Aussprache ergab sich, daß die Firma in Heilbronn im Prinzip damit einverstanden ist, mit den beiden Augsburger Betrieben einen Tarif abzuschließen. Sollte dieses gelingen, so umfassen diese drei Betriebe circa 60 Prozent der Nähfabrikenindustrie. Dann könnte man an das Reichsarbeitsministerium herantreten, damit dieser Tarif für rechtsverbindlich erklärt würde. So wären die anderen Betriebe gezwungen, die nämlichen Löhne zu zahlen.

### Soziale Rundschau.

#### Unfälle im Bereich der Sächsischen Textilarbeitergenossenschaft.

Nach dem Geschäftsbericht über das Jahr 1915 wurden Unfallanzeigen erstattet (die eingeklammerten Ziffern bedeuten Maschinenunfälle):

	1915	1914	1913
Januar	193 (95)	240 (86)	246 (93)
Februar	200 (92)	281 (103)	288 (91)
März	174 (90)	251 (177)	203 (89)
April	162 (96)	221 (112)	271 (127)
Mai	142 (77)	232 (118)	204 (104)
Juni	181 (78)	202 (117)	234 (86)
Juli	165 (82)	278 (136)	254 (105)
August	120 (65)	124 (68)	223 (102)
September	114 (60)	113 (58)	226 (97)
Oktober	148 (69)	122 (68)	237 (90)
November	118 (66)	169 (86)	205 (72)
Dezember	132 (58)	169 (86)	223 (74)
<b>Gesamt</b>	<b>1849 (923)</b>	<b>2352 (1151)</b>	<b>2759 (1136)</b>

Gesamtzahl der Unfallanzeigen in den früheren Jahren 1910: 2525 (1073); 1905: 2296 (1080); 1900: 1986 (898); 1895: 1730 (859).

Tot wurden gemeldet: 1915: 42 gegen 1914: 28, 1913: 57, 1912: 29, 1911: 29, 1910: 29.

#### Rechtzeitige Anmeldung des Anspruchs auf Rente nach Ablauf zweier Jahre nach dem Unfall.

Nach § 1546 R.A.O. muß ein Entschädigungsanspruch innerhalb zwei Jahren angemeldet werden. Davon kann nur abgesehen werden, wenn eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden ist. Die Vorinstanzen haben in einem gewissen Fall aber auch das nicht gelten lassen wollen, und das Reichsarbeitsministerium mußte am 30. April d. J. in der Sache die Entscheidung fällen. Es hat sich der Auffassung der Vorinstanzen nicht anschließen können. Allerdings ist die in § 1546 der Reichsversicherungsordnung für die Anmeldung des Entschädigungsanspruchs festgesetzte Frist von zwei Jahren verläumt worden. Zugunsten des Klägers greift aber die Vorschrift des § 1547 Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung Platz, wonach auch nach Ablauf der zweijährigen Frist der Anspruch noch geltend gemacht werden kann, wenn eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge erst nach Ablauf der Frist in wesentlicher höherem Maße, wenn auch in allmählicher gleichmäßiger

Entwicklung des Leidens bemerkbar geworden ist. Die Annahme des Oberversicherungsamts, daß die für eine solche nachträgliche Anmeldung des Anspruchs in § 1547 Abs. 2 a. a. O. festgesetzte Frist verläumt sei, trifft nicht zu. Denn wenn auch die Kopfschmerzen, über die der Verletzte klagte, schon im Dezember 1916 aufgetreten sind und insoweit durch die am 27. August 1917 erfolgte Anmeldung des Anspruchs die dreimonatige Frist nicht gewahrt ist, so ist doch zu berücksichtigen, daß als Folgen des Unfalls vom Kläger auch Sehstörungen angegeben worden sind. Wie die Ermittlungen ergeben haben, sind diese etwa im April oder Mai 1917 aufgetreten. In der Folgezeit nahm die Sehkraft stetig ab und im Juli 1917 trat Erblindung ein. Diese Erblindung, also der völlige Verlust der Sehkraft, ist eine neue Folge im Sinne des § 1547 Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung. Durch die im August 1917 erfolgte Anmeldung des Anspruchs ist also die dreimonatige Frist gewahrt worden und somit ein Ausschluß des Anspruchs nicht gegeben.

Hiernach war, da die Vorinstanzen zu dem Anspruch des Klägers sachlich noch nicht Stellung genommen haben, dem Rekurs stattzugeben und unter Aufhebung des angefochtenen Urteils und der ihm zugrunde liegenden Bescheide die Sache an die Beklagte zur erneuten Prüfung und Bescheiderteilung zurückzuverweisen.

#### Verstaatlichung der Kohlenbergwerke in England.

In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses hat das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten beantragt, um über die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke zu verhandeln.

#### Der Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen

versucht in einer Eingabe an den Siebenerausschuß der Nationalversammlung, der jetzt das Betriebsrätegesetz durcharbeitet, einige Bestimmungen in das Gesetz zu bringen, um die erwerbstätigen Frauen vor Nachteilen zu schützen. So will er ihnen vor allen Dingen eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung innerhalb der Betriebsräte, und ebenso in den Angestellten- und Arbeiterausschüssen sichern. Das Gesetz gibt zwar Männern und Frauen das gleiche Wahlrecht und auch die gleiche Wählbarkeit. Da die Frauen aber in organisatorischer Hinsicht hinter den Männern noch um mehrere Jahrzehnte zurück sind, so halten die Antragsteller dennoch eine besondere Sicherung für die Vertretung der Frauen für notwendig. Sie schlagen daher vor, eine Bestimmung einzufügen, die besagt:

„Den wahlberechtigten weiblichen Arbeitern bzw. Angestellten ist eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung sicherzustellen. Ist der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer des Betriebes so gering, daß ihnen eine Vertretung im Betriebsrat nicht zufällt, so ist zu allen Verhandlungen, die die Interessen der Frauen betreffen, ein weiblicher Sachverständiger mit beschließender Stimme zuzuziehen.“

### Zur Ernährungsfrage.

#### Erntearbeiter sind Selbstverfolger.

Unsere noch immer kritische Ernährungslage verlangt, daß alle noch auf den Feldern befindlichen Gadrückstände rechtzeitig eingebracht werden. Die Schwierigkeit liegt hauptsächlich in der Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte. Um der Landwirtschaft die Anwerbung der erforderlichen Erntearbeiter zu erleichtern, hat der Reichswirtschaftsminister angeordnet, daß alle auch nur vorübergehend mit Erntearbeiten beschäftigten Personen mit ihren Familienangehörigen nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen als Selbstverfolger zu behandeln sind.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Augsburg.** In Nr. 48 der schwarzen „Textilarbeiter-Zeitung“ versucht der Bezirksleiter Geier in seiner anerkannt ungeschickten Manier sein altes Stedenpferd „Terrorismus“ zu reiten. Heute hat es ihn unser Geschäftsführer M. v. d. Meulen und der Vorsitzende der Augsburger Betriebsräte Domisch angetan. Selbige zwei haben es gewagt, in die Gärten des „jornigen Peter“ einzubrechen und den Schäflein zu sagen, daß Religion mit dem wirtschaftlichen Kampf nichts zu tun hat. Herr Geier vertritt den entgegen gesetzten Standpunkt — aus leicht begreiflichen persönlichen Gründen. Dann soll der Kollege M. v. d. Meulen sogar rührenden Lärm verübt haben, indem er „auf den Minister und auf das Gesetz gepiffen hat“. Das kann Herr Geier, als vom Volk gewählter Kreisrat und freiwilliger Nachwächter nicht ungerügt lassen. Er ruft außerdem die Regierung auf und fragt, warum sie nicht die beiden und die übrigen Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Bayern beim Schlafstich nimmt und damit dem christlichen Textilarbeiterverband die Wege ebnet. Wie war es früher doch so schön, wo es noch Eisenbahnwerke und dergleichen gab! Wenn nun die beiden Sünder, M. v. d. Meulen und Domisch, das Fell gerächt bekommen und ins Loch müssen, dann darf der „seithrige Chef“ Feinhals nicht leer ausgehen. „Chef“ ist sehr geschmackvoll und erinnert an Vorgänge in der christlichen Hauptverwaltung in Düsseldorf. Also: „das Volk hat Feinhals nicht gewählt und ihn auch nicht gemollt“, weder in der Nationalversammlung noch im Kreisrat. Aber das Volk hat den Herrn Peter Geier gemollt und ihn auch gewählt — in den Kreisrat für Schwaben und Neuburg, und deshalb sollten die deutschen Führer schon aus Respekt vor dem Volkstribunen Geier jeden Kampf gegen den christlichen Textilarbeiterverband einstellen. Also Herr Geier wollte gewählt werden und das Volk hat ihn auch gemollt. Falls das Volk aber nicht gemollt hätte, hätte Herr Geier wohl etwas nachgeholfen, wie im Jahre 1912 bei der Wahl der Gemeindebevollmächtigten. Die Parteigenossen des Herrn Geier erklärten allerdings damals, es sei gemeiner Schwindel gemeien, der Geier zum Mandat verholfen habe. Na, unersetzlich! Das Volk hatte auch Herrn Schiffer, den „seithrigen Chef“ des Herrn Geier, gemollt und gewählt, und trotzdem glaubt er, er müsse jetzt sein Amt niederlegen. Es wird uns gesagt, daß Herr Geier an bester Stelle, die Schiffer niedersiedelt, nicht unverbundbar sei. Triffst dies zu, dann lieber Freund, gebärde Dich nicht „Mau müß, sonst liegt Du im Tred und „das Volk hat es nicht gemollt“.

Wohlt i. W. Am Sonntag, den 26. Oktober, hielten wir im „Großen Kurfürsten“ eine Mitgliederversammlung ab, welche infolge der getätigten Tarifverhandlungen gut besucht war. Unser Geschäftsführer, Kollege Gustav Krüger, welcher zum erstenmal an den Verhandlungen teilnahm, gab uns einen ausführlichen Bericht über dieselben. Wenn unsere Forderungen auch nicht in allen Teilen anerkannt sind, so können wir doch sagen, daß wir einen guten Schritt vorwärts getan haben, und im Gegensatz zu früher, wo man immer hören mußte, der Verband habe doch keinen Zweck,

sehen jetzt doch auch die Dämischen ein, daß das Gegenteil wahr ist. Daß die Vertreter beider Verbände ihr möglichstes getan haben, wollen wir gern anerkennen, und wir müssen sagen, daß es doch etwas ganz anderes ist, wenn durch die beiderseitigen Verbände ein regelrechter Tarif abgeschlossen wird, als wenn früher der eine oder der andere selbst beim Arbeitgeber um ein paar Pfennige betteln ging, wodurch das Schmarotertum so sehr in Blüte kam, daß es einen anwiderte, in manchem Betrieb zu schaffen, insbesondere dort, wo die Werkführer und Meister lagenbüßlich nach oben und brutal nach unten waren. Die Versammlung war denn auch vollständig darüber im Klaren, daß wir uns nur durch treues Festhalten an den Verbänden eine einigermaßen gesicherte Existenz schaffen können.

**Eberbach a. N.** Die Kollegen Heinrich und Friedrich Steiner, geboren und wohnhaft in Eberbach a. N., wurden am 15. September von der Ortsverwaltung und der Mitgliederversammlung einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen. Sie haben in größlicher Weise gegen die Verbandsinteressen verstoßen.

**Göttingen.** Der Arbeiterausschuß der Firma Herrn Levin, G. m. b. H., Göttingen, wurde am 23. Oktober d. J. mitgeteilt, daß vom Montag, den 27. Oktober, an der gesamte Betrieb wegen Kohlenmangels stillgelegt werden müsse. Die Besatzung legte dagegen den schärfsten Protest ein und bestellte die Vertreter der Firma zu der am Freitag, den 24. Oktober, angelegten Betriebsversammlung. Aber leider glänzten die Herren in Abwesenheit. Festgestellt wurde, daß von der Firma schon vor längerer Zeit an Regierungsverhältnisse der Erlaubnis erwirkt wurde, ihre Altkanlage reinigen und neu einbauen zu dürfen. Also lag in Wirklichkeit kein Kohlenmangel vor. Und am 25. Oktober wurden der Firma noch zwei Waggons Kohle und ein Waggon Braunkohle überwiesen. Es scheint uns, daß diese ganz monarchistisch-reaktionäre Firma bei jedesmaligem Versuch der Arbeiter, ihre Lebensstellung zu verbessern, einen gewaltigen Gegendruck ausüben will. So war es am 1. Mai d. J., als die Firma erklärte, daß die Arbeit nicht am Freitag, den 2. Mai, wieder aufgenommen würde, sondern erst am Montag, den 5. Mai. Auch wegen Kohlenmangels? Und so geht es auch jetzt wieder, wo wir ganz kurz vor neuem Tarifabschluß stehen. Weiter hatte die Firma den Arbeitern und Arbeiterinnen Anzugstoff angeboten zum Preise von 21,80 Mk. pro Meter. Der Stoff sollte für heimtückende Gesangene bestimmt sein. Doch da die in Frage kommende Reichsstelle abgelehnt hätte, so konnte er nun an die Arbeiter zur Verteilung kommen. Doch die Arbeiter hatten sich wieder mal verrechnet. Denn als dem Herrn Prof. Levin unsere Forderungen unterbreitet wurden in Gehalt des neuen Tarifs, da machte die Firma durch Anschlag bekannt, die in Frage kommende Reichsstelle habe verfügt, daß der in Frage kommende Stoff nur an Minderbemittelte verabfolgt werden solle. Es wäre nun angebracht, bei der Firma Nachfragen anzustellen, ob die Minderbemittelten (wogu der Textilarbeiter nach seinen unermesslichen Forderungen nun nicht mehr gehört) vielleicht in Gehalt der großen Zeug- und Kleidergeschäfte zu finden sind. — Es ist geradezu unglaublich, mit welcher Willkür die Herren Arbeitgeber heute noch die Arbeiter behandeln wollen — im freien Deutschland Anno 1918.

**Galberstadt.** Am Dienstag, den 21. Oktober, fand im Gewerkschaftshaus unsere gut besuchte Monatsversammlung statt. Kollege Wagner besprach die inneren Verhältnisse unseres Betriebes und ermahnte, treu zum Verbände zu halten. Leider sind die in unserem Betriebe beschäftigten Arbeiter Sauerbier, Rapp und Hippold nicht zu bewegen, sich unserer Organisation anzuschließen. Wir werden Mittel und Wege finden, daß wir dennoch nicht mit unserem Verbände fernstehenden zusammen zu arbeiten brauchen. Der Arbeiter Sauerbier, welcher sogar Ausschlußmitglied ist, hat durch seine Weigerung, in unsere Organisation einzutreten, das Recht verweigert, uns weiterhin als Ausschlußmitglied zu vertreten. Wir haben deshalb zu einer Neuwahl des Ausschusses Stellung genommen. — Kollege Dunkel erstattete seinen Monatsbericht. Vom Kartell wurde an unsere Organisation die Anfrage gerichtet, wie wir uns zur Gründung einer Einwohnerwehr stellen. Die Versammlung lehnte einstimmig nach längerer Aussprache, wie die meisten Organisationen in Halberstadt, die Gründung einer Einwohnerwehr ab. Nach Bekanntgabe der Berechnung vom 2. Quartal und Entlastungsbilanz wurde beschlossen, unter unseren Mitgliedern ein Vergütungs- und Veranlagungsamt zu errichten. — Am 22. Oktober war unser Orts-Gewerkschaftstag zur Tarifverhandlung hier. Wir können mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein. — Unsere Versammlungen finden jetzt regelmäßig jeden 2. Mittwoch im Monat statt.

**Landeshut-Schönbürg.** Nach dem Vertrauen zum Deutschen Textilarbeiterverband. Die vor Jahren in Schönbürg unternommene Agitation, die dortigen Textilarbeiter gewerkschaftlich für den Deutschen Textilarbeiterverband zu gewinnen, waren ohne Erfolg. Gegen Ende des Krieges schlossen sich die Schönbürger Textilarbeiter, soweit sie sich gewerkschaftlich organisierten, dem christlichen Textilarbeiterverband an. In den durch diesen Verband erzielten Erfolgen war aber der größte Teil dieser Mitglieder unzufrieden, besonders weil die in der Flachweberei beschäftigten tariflich sehr ungünstig abgegrenzt. Es wurden lebhaftest Klagen gegen die Verbandsleitung des Ortes und Bezirkes darüber geführt, daß die Interessen der Mitglieder nicht energisch wahrgenommen worden seien. Bei Abschluß des Tarifs vom 4. Oktober hatten ihre Forderungen wieder keine Beachtung gefunden. Trotzdem wurde ihnen von der Ortsleitung berichtet, daß ihre Forderungen unter den für Schönbürg geltenden Bestimmungen erfüllt seien. Dies erwies sich aber bei den darauffolgenden Lohnzahlungen als unrichtig. Es wurde ihnen dann geraten, sich mit an den Geschäftsführer Scholz in Landeshut von unserem Verbände zu wenden, damit dieser durch Mitwirken bei erneuten Verhandlungen die Forderungen für sie aus dem Feuer hole. Diesem Rat wurde Folge geleistet; aber wie die Verhältnisse lagen, konnte nicht so ohne weiteres dem Verlangen entsprochen werden, weil doch in erster Linie die zuständige Organisation berufen ist, ferner die in Frage kommende Firma Gewicht darauf legt, daß der Vertreter der Arbeiter auch Mitglied seiner Organisation vertritt. Um sich diese Vertretung zu sichern, tagte am Sonntag, den 26. Oktober, eine Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes in Schönbürg, die sich, obwohl der christliche Bezirksleiter Jungnickel aus Neustadt (L.-Schl.) anwesend war und sich angestrengt bemühte, den beabsichtigten Eintritt, Uebertritt zum Deutschen Textilarbeiterverband, zu verhindern, im geheimen Abstimmung mit fast stilleschlossener Sinnmütigkeit für den Uebertritt erklärte. Dieser Beschluß ist um so bemerkenswerter, da es der anwesende Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Scholz-Landeshut, nicht unterließ, auf die Ziele des Deutschen Textilarbeiterverbandes hinzuweisen und den Gegensatz zwischen christlichen und freien Gewerkschaften hervorzuheben. Die Reserve, die Herr Jungnickel sich aufstellte, mußte er aufgeben, doch versagte er sich, die am ihm gestellte Frage, wie er sich zu den Zielen des Deutschen Textilarbeiterverbandes stelle, deren Erreichung doch mit Ermöglichen solle, daß für die Arbeiter bessere Zeiten anbrechen, unabweisend zu beantworten. Dafür beschwerte er sich, daß man in Landeshut die christliche Organisation nicht hat zu den Verhandlungen zulassen wollen. — Den Uebertrittenden rufen wir zu: Seid herzlich willkommen! Tretet geschlossen über! Denn je geschlossenere, desto wirksamer ist der Uebertritt für eure gesamte Interessenvertretung.

**Malchow.** Am 24. Oktober hielt die hiesige Zastelle unseres Verbandes ihre Monatsversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Es ist aber dringend notwendig, daß in Zukunft die Versammlungen vollzählig besucht werden. Der Vorsitzende, Kollege Wallow, erstattete Bericht über den Gang der Lohnfrage und erklärte, daß er den Arbeitgebern resp. dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeitgeberverbandes den neuen Lohnvertrag überbrachte. Er habe

darauf ein Schreiben des Inhalts erhalten, daß der neue Tarif in der Gesamttheit abgelehnt sei, daß die Arbeitgeber aber bereit wären, mit uns zu verhandeln und sie hätten sich deshalb schon mit unserem Gauleiter, Kollegen Kogel, in Verbindung gesetzt. Ob das der Fall ist, werden wir bald erfahren. In jedem Fall müssen auch hier die Löhne mit den Lebensmittelpreisen mehr in Einklang gebracht werden. — Die weiteren Beratungen waren mehr innerer Art.

**Ostorf.** Die hiesige Zastelle hielt am 23. Oktober im Schützenhause ihre Monatsversammlung ab. Die Quartalsabrechnung wies eine Einnahme von 1784,77 Mk., eine Ausgabe von 1316,51 Mk. auf. Dem Monatsbericht war zu entnehmen, daß die Vorträge und sonstigen Veranstaltungen nicht genügend unterstützt werden. Unter Tariffragen protestierte man einstimmig, weil der Streiktarif noch nicht gekündigt ist. Es wurde sofortige Kündigung verlangt, da die Löhne den Lebensverhältnissen nicht mehr entsprechen. Unserer Einladung, in dieser Versammlung zu erscheinen, hatten nur wenige Heimarbeiterrinnen Folge geleistet. Um dieselben reiflich dem Verbände zuzuführen, beschloß man, in nächster Zeit eine Hausagitation zu veranstalten. Die Versammlung war der Meinung, daß die Heimarbeiterrinnen alle Ursache haben, dem Verbände beizutreten, da sie ja ebenfalls nach unserem Tarif bezahlt werden. Es wurde Klage geführt über die niedrigen Löhne der im Nilsa-Werk Beschäftigten; da noch kein Tarif abgeschlossen ist, will man bei der Firma um Erhöhung der jetzigen Löhne vorstellig werden.

**Neutlingen.** Am 24. Oktober fanden im hiesigen Bezirk 4 große Massenversammlungen statt, in welchen Stellung zu der Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen genommen wurde. In Wülfingen referierte Kollege Hader, in Unterhausen Kollege Schwarz, in Wammweil der Geschäftsführer Nepper und in Neutlingen der Geschäftsführer Kollege Sigmund. Die Bundeshalle in Neutlingen konnte fast längen wieder einmal einen Massenbesuch aufweisen. Es waren ca. 3000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen anwesend gewesen. In temperamentvoller Rede stellte Kollege Sigmund die Verhältnisse, Scharf hob er die Gegensätze zwischen der Antwort der Unternehmer und unseren Forderungen hervor, wobei besonders erwähnt wurde, daß der Textilarbeiterverband nach dem der Vergarbeiter der erste ist, welcher in einem Tarifvertragsentwurf die Einführung von Betriebsräten mit entscheidendem Mitbestimmungsrecht fordert. Darauf daß die Ortsgruppe Neutlingen folgt. Die scharfen Massengegenstände zwischen Unternehmern und Arbeitern haben sich aus dem Antwortschreiben der Unternehmer deutlich ab. Mit Recht wies der Referent darauf hin, daß man aus ihm eine direkte Herausforderung zum Kampf lesen könne. Der Massenbesuch der Versammlung beweist aber, daß die Textilarbeiter und -arbeiterinnen nicht mehr gewillt seien, sich weiter verfluchen zu lassen. Dieser Massenbesuch und die freudige Kampfesstimmung der Werktätigen der Textilbranche sei die beste Rückantwort an die Unternehmer. Wenn die Massen immer so einig und geschlossen seien wie heute, würde der Sieg uns sicher sein. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Auch nahmen die Arbeiterinnen diesmal lebhaften Anteil an derselben. Man war sich darüber einig, die Beschlüsse der in Stuttgart tagenden Konferenz der Textilarbeiternehmer Württembergs akzeptieren und in ihrem Sinne zu handeln. In dieser Konferenz wurden zwei Vertreter gewählt. Auch die übrigen drei Versammlungen konnten einen Massenbesuch aufweisen und es war auch erfreulicherweise in ihnen Kampfesstimmung, Einigkeit und Geschlossenheit der Masse zu konstatieren. Mit Recht können wir behaupten, daß hier das Textilproletariat auf dem Boden des schärfsten Klassenkampfes steht. Das gereicht unserer jungen aufblühenden Organisation zur Ehre.

**Jüllingen.** Am 23. Oktober fand im Verbandshaus „Neues Brauhaus“ eine Mitgliederversammlung statt, die zwar einen guten Besuch aufwies, aber in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung noch stärker besucht sein konnte. Den 1. Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht über Verhandlungen in Berlin betreffs Manteltarifs. Sämtliche Punkte des Tarifs wurden von der Versammlung anerkannt. Die Tarifverhandlungen in Schwiebus mußten infolge des Verhaltens der dortigen Arbeitgeber bei der Lohnfrage abgebrochen werden, und die Arbeiter traten in den Streik. Dieser Streik ist aber schon am nächsten Tage durch Bemiligung der gestellten Lohnforderung beendet worden. — Dann wurde beschlossen, daß zwar die erhöhten Beiträge gezahlt werden sollen, aber die neue Masseneinteilung erst nach Inkrafttreten des neuen Tarifs in Anwendung kommen soll. Nach Aussprachen über gewerbliche Angelegenheiten wurde die Verdonnung mit der Erklärung geschlossen, daß, falls die Schwiebuser Kollegen es bei ihrem Streik verlangen, wir uns mit ihnen solidarisch erklären.

**Widau i. Sa.** Am Sonntag, den 26. Oktober, tagte im „Brauereischützen“ die ordentliche Quartals-Generalversammlung der Filiale Widau-Mülfengrund, welche von 30 männlichen und 23 weiblichen Vertretern aus den einzelnen Bezirksorten besucht war. Kollege Graupe berichtete über die Tätigkeit der Verbandsleitung im 3. Quartal. Einleitend wies er auf die neue Organisationsbestimmung hin, nach welcher die Vertreter der Generalversammlung in den Bezirksmitgliederversammlungen gewählt werden, um der Zusammensetzung der Generalversammlung eine demokratischere Grundlage zu geben. Im verflorenen Quartal sei es gelungen, auch für die Mitglieder in den kleineren Betrieben der Gardinenkonfektion, Stickeri, Strickeri, Strumpfwirkeri, Tapisserei usw. getragene tarifliche Lohnverhältnisse einzuführen. 37 Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern im Bezirk Widau hätten im Laufe des Quartals stattgefunden. Bei dem Abschluß von Tarifverträgen für die Spitzen-, Gardinen- und Tüllwebereien, Baumwollwebereien, Veredelungsindustrie, Sigonnespinnereien, Baumwoll- und Kammaraspinnereien hat die Verbandsleitung mitgewirkt. Auch der Tarifvertrag für die Meißnerwebereien und chemischen Waschanstalten ist mit einer Ausnahme von allen Firmen anerkannt. Nur die Erbe Widauer Dampf- und Reinigungsanstalt weigert sich, den Tarif anzuerkennen. Die Angelegenheit wird dem örtlichen Schlichtungsausschuß überwiesen. Für die Seilerbranche sei am 15. August wiederum ein neuer Tarif vereinbart worden. Die Verbandsleitung habe im verflorenen Quartal 42 Betriebsversammlungen, 23 Mitgliederversammlungen, 18 Branchenversammlungen, 4 Ortsverwaltungen, und 6 sonstige Sitzungen abgehalten. Die Arbeiterausschüsse seien in 4 Konferenzen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt worden. Die Textilarbeiterchaft Widau sei zu 100 Proz. organisiert. Nur in den Webereibetrieben des Mülfengrundes gebe es noch einzelne Drücker. Der Mitgliederbestand betrug 4758 am 30. September. Reueinsparungen waren 882 zu verzeichnen. 341 Mitglieder waren von unserer Organisation zu anderen Organisationen übergetreten, während zu unserem Verband nur 75 übergetreten sind. Die neuen statutarischen Bestimmungen in bezug auf Beitragszahlung wurde glatt durchgeführt. Die Mitgliedsartenkontrolle muß weiterhin monatlich in allen Betrieben durchgeführt werden. Die straffe Organisation möchte in allen Betrieben auch weiterhin aufrechterhalten werden. — Hierauf gab Kollege Kung den Massenbericht. Der Markennußfuß im letzten Quartal von 51 281 auf 51 740 gestiegen, das sind pro Mitglied 12,98. An die Hauptkasse sind 19 000,96 Mk. eingezahlt worden. Der Kassierer ermahnte die Vertrauensleute, darauf zu achten, daß jedes Mitglied auch die richtige Beitragsmarke nach dem tariflich vereinbarten Stundenlohn bezahlt. — In der allgemeinen Aussprache wurde vom Kollegen K. K. K. der Verbandsleitung unter allseitiger Zustimmung der Generalversammlung für ihre Tätigkeit Anerkennung ausgesprochen. Kollege Schwem schloß die Tarifverhandlungen und die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse bei der Durch-

führung der Tarifverträge. In der weiteren Aussprache wurde ein Antrag, den allen Untertarifierten eine Beihilfe zu gewähren, der Ortsverwaltung zur Verächtlichung übergeben.

# Bekanntmachungen.

**Vorstand.**  
Sonntag, den 9. November, ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Die Stellen in Reuppen und Werdau sind besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.

Besuche von Geschäftsführern und Hilfsarbeitern.

Für die Filiale Naachen wird ein Geschäftsführer, für die Filiale Chemnitz ein Hilfsarbeiter für den Aufendienst und für die Filiale Neuchâtel i. S. ein Hilfsarbeiter gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen und schriftlichen Fähigkeiten haben und sich um eine der Stellen bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufsatzes über die Aufgaben des betr. Funktionärs an die Adresse des Kollegen Karl Oßlich, Berlin O. 27, Magazinstr. 67, bis spätestens 22. November d. J., einzureichen. Zeugnisse und Vergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Beifügung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Flauen. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigung.

**Der Vorstand.**

**Adressenänderungen.**

- Gau Hannover, Minden, K. Wilhelm Rederer, Oberstr. 36.
- Gau Rassel, Bienenlopp, V. Ludwig Balthar, Louwinkstraße 28, K. Heinrich Balthar, Louwinkstr. 18.
- Goheneiche, V. a. K. Friedrich Raag.
- Rangensalga, V. Albert Goldmann, Unter dem Berg 8, K. Paul Weisbach, Niederhöfstraße 30.
- Gau Düsseldorf, Naachen, K. Johann Lütz, Geschäftsführer, Rudolfstr. 58.
- Hocholz, V. G. Stöberm, Weiden 26, K. Gustav Krüger, Geschäftsführer, Ostermarkt 2, Zuschriften an diesen.
- Borms, V. Joh. Saffer, Gaustr. 20.
- Gau Braunschweig, Offenburg, V. Jakob Bestian, Kronenstr. 5.
- Gau Stuttgart, Dietigheim, V. Josef König, Wegheimer Str. 41a, Zuschriften an diesen.

- Dettingen, K. E. Stanger, Sommerstr. 12.
- Eberbach, K. F. Röh, Untere Badstr. 10.
- Heubach, V. Karl Weidig, Weidenstr. 8.
- Mülfingen, K. Eugen Saur, Bachgasse 5.
- Owen, V. H. Hausmann, Kirchheimer Str. 68.
- Gau Augsburg, Bamberg, V. Johann Dittmar, Schwefelfurter Str. 35.
- Rempten, K. Hugo Kirchner, Geschäftsführer, Gasthaus zum Birgerlaal.
- Sauringen, K. E. Gail, Schloßstr. 22.
- Gau Gera, Saalfeld, V. Marie Hoppe, Klosterstraße 28.
- Gau Flauen, Falkenstein, V. Einar Viertel, Goethestr. 48.
- K. Arthur Bühring, Geschäftsführer, Klauenische Str. 13.
- Hof, K. Anton Voit, Geschäftsführer, Marienstr. 87.
- Kulmbach, Alle Zuschriften an den Kassierer G. Jahreis, Grabenstr. 8.
- Schönheide, K. Paul Schmutzler, Schloßhöfen.

**Gau Chemnitz, Ceringswalde.** V. H. Bieweg, Hauptstraße 104c, K. Eisa Schreiber, Hauptstraße.

**Hainichen.** V. Emil Gerlach, Neuhau 16, K. Karl Neumann, Bergstr. 28.

**Harttha.** V. Kurt Niehle, Albrechtstr. 20, K. Alfred Schachte, Wettiner Straße bei Stiel.

**Wittgenhördorf.** V. D. Steiner, Chemnitz Str. 18.

**Gau Eriegniß, Rengersdorf.** ab 1. Oktober zu Rangensalga.

**Ortsverwaltungen.**  
M.-Glabach-Rhehdt. Das Mitgliedsbuch, Stammmummer 187 318, lautet auf Sebastian Simons, eingetrag in den Verband am 4. März 1908, ist verlorenggegangen. Der Finder wird gebeten, selbigen in unserer Geschäftsstelle, M.-Glabach, Königstr. 13, abzugeben. — Die Hilfsarbeiterstelle ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Johann Steins, Rhehdt. Allen Bewerbern besten Dank.

**Der Filialvorstand.**  
Bierfen und Umgegend. Das Bureau in Bierfen, M. Bruchstraße 25a, ist wie folgt für die Mitglieder geöffnet: vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachmittags von 5 bis 7 Uhr; Mittwoch und Samstag nachmittags sowie Sonntag ist geschlossen. — In Anrach ist Auskunfterteilung jeden ersten und dritten Montag im Monat, nachmittags von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr, in der Wirtschaft Schmitz, Bahnstraße. Dasselbe Verzeichnisse. — In Süchteln Auskunfterteilung jeden Donnerstag nachmittags von 5 bis 7 Uhr, in der Wirtschaft Bütter, Dasselbe Verzeichnisse. — In Dülken Auskunfterteilung jeden Freitag nachmittags von 5 bis 7 Uhr, in der Wirtschaft Rinkens, Volkshaus, Am Markt. Dasselbe Verzeichnisse.

**Wittgenhördorf.** Die Geschäftsführerstelle ist besetzt; gewählt wurde Kollege Steiner, Wittgenhördorf. Allen Bewerbern besten Dank. Die Ortsverwaltung.

## Cotenliste.

- Befragte Mitglieder.**  
Göttingen, Heinrich Klöpner, Fabrikarbeiter, 50 J., Lungenleiden. Emilie Dargig, Zwirnlerin, 20 J., Lungenleiden. Friederike Hillebrecht, Köpferin, 48 J., Lungenleiden. Langenlilien, Wilhelm Thiemann, Rangearbeiter, 49 J., Lungenleiden. Paul Strangfeld, Weber, 50 J., Lungenentzündung.  
Landeshut, Theresia Andrig, Weberin, 48 J., Wasserfucht.  
Sagan, Emilie Wolfram, 50 J., Nervenleiden.  
Spreenberg (Rauß), Hermann Romka, Arbeiter.  
Niederdorf, Marie Beschmer, Gasföhrerarbeiten, 54 J., Lungenleiden.  
Wittgenhördorf, Hedwig Müller, Weberin, 28 J., Nervenleiden. Max Willi Lindner, Berrenshöhe, 22 J., Kriegsversehrungsfolge.

Ehre ihrem Andenken!

## Zusammenkünfte.

- Mitglieder-Versammlungen.**  
Apsda, Mittwoch, 12. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Schwartz, Montag, 17. November.  
Leidnig, Mittwoch, 12. November.  
Schloßheim, Sonnabend, 15. November, in den „Drei Rosen“.  
Wittthod a. b. Dosse, Sonnabend, 15. November, bei Obermann, Brühwälder Vorstadt.

Inserat Schriftführer  
**Friedrich Schmidt**  
zu seiner Verlobung die besten Glückwünsche!  
Ortsverwaltung Oberacker.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 8. November

Verlag: Kurt Göbbel in Hallebergru-Stein. — Verantwortlich für alle schriftlichen Artikel: Hugo Dörfel in Flauen i. S. für alle andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.